

18. Wahlperiode

Antrag

der Fraktion der FDP

Mehr digitale Souveränität für Berlin wagen und Technologieabhängigkeit abbauen

Der Senat wird aufgefordert, im Rahmen einer neu aufgelegten IT-Strategie darzulegen, dass er

- konkrete Aktionspläne und Konzepte entwickelt, um tatsächlich die Verwendung proprietärer Software in der Berliner Verwaltung kurz- bis mittelfristig aufzugeben und stattdessen den tatsächlichen Aufbau alternativer Open-Source-Software und Open-Source-Produkte verfolgt.
- bei Arbeitsplatz-Anwendungen – aus „Usability“-Gründen (Bedienbarkeit und Handhabbarkeit) - ausschließlich in sicheren Umgebungen agiert (die die Verarbeitung nach DSGVO-Standards und aktueller Informationssicherheit gewährleisten).
- mit denjenigen Unternehmen - die proprietäre Hard- und Software für das Land Berlin liefern – neue Verhandlungen mit dem Ziel aufnimmt, ausschließlich DSGVO-konforme Produkte und Serviceleistungen zu liefern, die den aktuellen (europäischen) Standards bei Datenschutz und Informationssicherheit entsprechen.
- eine zeitlich befristete Doppelstrategie beim Einsatz proprietärer Software (bis zur Einführung von Open-Source-Produkten) verfolgt, in der verschiedene Produkte für die gleichen Dienste von mindestens zwei Anbietern bezogen werden.

Des Weiteren sind die derzeitigen (unauflöslich scheinenden) Abhängigkeiten Berlins von proprietärer Software zu untersuchen und anschaulich aufzuzeigen.

Dem Abgeordnetenhaus ist bis zum 30. April 2020 ein erster Zeitplan vorzulegen, der über die erreichten Sachstände der o.a. Aspekte informiert. Zu diesem Zeitpunkt ist zudem ein Ergebnisbericht zu vorstehenden Abhängigkeiten vorzulegen.

Begründung

Bereits seit dem 23. November 2005 (Drucksache 15/ 4501) bemüht sich das Abgeordnetenhaus von Berlin erfolglos beim Senat darum, die zunehmende Abhängigkeit von proprietären Software-Anbietern zu reduzieren und bei Beschaffung, Betrieb und Einsatz landeseigener Informationstechnik konsequent auf sogenannte Open-Source-Software oder Open-Source-Produkte zu setzen.

Dazu konträr ist der Anspruch auf eine landeseigene digitale Souveränität weitgehend von Seiten des Senats aufgegeben worden, da zwischenzeitlich ca. 80.000 Computer-Arbeitsplätze und Rechner-Einheiten mit Software und Produkten eines einzigen proprietären Anbieters ausgestattet worden sind, der seine Angebotsmacht zum Schaden des Landes Berlin ausnutzen könnte.

Schon heute sind die Lizenzkosten für proprietäre Software - beispielsweise für Software-Produkte und Serviceleistungen von Microsoft - enorm. Dies liegt nicht zuletzt auch daran, dass in früheren Zeiten jeweils einzelne Lizenzverträge mit dem Dienstleister geschlossen wurden. Zwar schwenken bei diesem Softwareanbieter aktuell einige öffentliche Stellen im Land Berlin auf den sogenannten Microsoft-Enterprise-Vertrag um, jedoch führen selbst unterschiedliche Zahlungsziele zu Mehrkosten.

Weiter zeigt sich, dass der vom Land Berlin deutlich artikulierte Bedarf an DSGVO-konformen Lösungen durch den Software-Anbieter nicht gedeckt wird. Zuletzt artikulierten die Datenschutzbehörden des Bundes und der Länder erhebliche Zweifel, ob das aktuell einzuführende Betriebssystem Windows 10 überhaupt den deutschen und europäischen Standards bei Datenschutz und Datensicherheit entspricht.

Diesem Missstand möchte der Antrag konsequent entgegenwirken und einen tatsächlichen Strategiewechsel bei der Beschaffung, dem Betrieb und dem Einsatz von Hard- und Software einleiten. Vorbildhaft für diese Trendwende ist das MAIt-Projekt¹ des CERN.

Mit der geforderten IT-Strategie soll nicht nur die Abhängigkeit von dominierenden Software-Anbietern reduziert, sondern auch die Gewährleistung digitaler Souveränität des Bundeslands Berlin neu eingeleitet werden.

Gerade bei dem Betrieb kritischer Infrastrukturen in den öffentlichen Stellen Berlins sowie in sensiblen – geheimhaltungsnotwendigen – Bereichen Berlins, ist es unabdingbar, die Souveränität und Kontrolle über die eingesetzte Hard- und Software inne zu haben. Eine unnötige Abhängigkeit von außer-europäischen Dienstleistern ist in diesem Segment mittelfristig zu vermeiden.

Berlin, den 19. November 2019

Czaja, Schlömer,
und die weiteren Mitglieder
der Fraktion der FDP im Abgeordnetenhaus von Berlin

¹ <https://www.heise.de/newsticker/meldung/CERN-wechselt-von-Microsoft-zu-Open-Source-Software-4447421.html>